



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Odezwa wzywająca nauczycielui do głosowania za
socjaldemokratami w walce z klerykalizmem o wolną szkołę -
Wiedeń 1911 r.

Liczba stron oryginału

3

Liczba plików skanów

4

Liczba plików publikacji

4

Sygnatura/numer zespołu

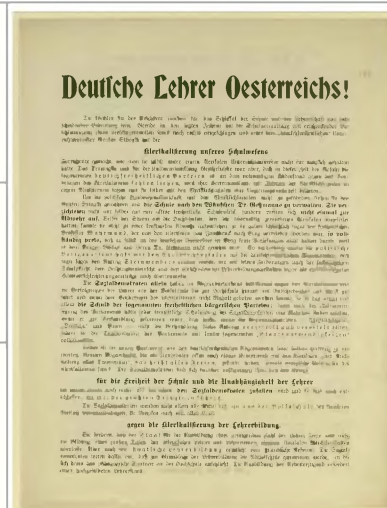
TR 033.062

Data wydania oryginału

1911

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Deutsche Lehrer Oesterreichs!

Die Wahlen für den Reichsrat werden für das Schicksal der Schule und der Lehrerschaft von entscheidender Bedeutung sein. Gerade in den letzten Jahren hat die Schulverwaltung mit erschreckender Beschleunigung einen verhängnisvollen Kurs nach rechts eingeschlagen und unter dem „deutschfreihheitlichen“ Unterrichtsminister Grafen Stürgkh hat die

Klerikalisierung unseres Schulwesens

Fortschritte gemacht, wie man sie selbst unter einem klerikalen Unterrichtsminister nicht für möglich gehalten hätte. Das Traurigste und für die Kulturentwicklung Gefährlichste war aber, daß in dieser Zeit der Gefahr die sogenannten deutschfreihheitlichen Parteien es an dem notwendigen Widerstand gegen das Vordringen des Klerikalismus fehlen ließen, weil ihre Vertrauensleute mit Führern der Christlichsozialen in einem Ministerium saßen und sie selber mit den Christlichsozialen eine Regierungsmehrheit bildeten.

Um die politische Bundesgenossenschaft mit den Christlichsozialen nicht zu gefährden, ließen sie den Grafen Stürgkh gewähren und **die Schule nach den Wünschen Dr. Gehmanns zu verwalten. Sie verzichteten** nicht nur selber auf eine aktive freiheitliche Schulpolitik, sondern rafften sich **nicht einmal zur Abwehr auf.** Selbst der Sturm auf die Hochschulen, den die übermütig gewordenen Klerikalen eingeleitet hatten, konnte sie nicht zu einer kraftvollen Abwehr aufspeitschen, ja sie gaben schließlich sogar den freiheitlichen Professor W a h r m u n d, der von den Klerikalen von Innsbruck nach Prag vertrieben worden war, **so vollständig preis,** daß er selbst an der deutschen Universität in Prag seine Vorlesungen nicht halten durfte, weil es dem Prager Bischof und Herrn Dr. Gehmann nicht genehm war. So verderblich wirkte die politische Bettgenossenschaft mit den Christlichsozialen auf die deutschfreihheitlichen Abgeordneten, daß man sogar den Antrag Steinwenders erleben mußte, der mit seinen Forderungen nach der sechsjährigen Schulpflicht, dem Halbtagsunterricht und den verschlechterten Lehrerbildungsanstalten sogar die christlichsozialen Schulverschlechterungsanträge noch übertrumpfte.

Die **Sozialdemokraten allein** haben im Abgeordnetenhaus den Kampf gegen den Klerikalismus und die Verfolgungen der Lehrer von der Volksschule bis zur Hochschule hinauf mit Entschiedenheit und Kraft geführt und wenn dem Vordringen des Klerikalismus nicht Einhalt geboten werden konnte, so ist das einzig und allein **die Schuld der sogenannten freiheitlichen bürgerlichen Parteien;** denn nach der Zusammenlegung des Parlaments hätte jeder freiheitliche Schulantrag der Sozialdemokraten eine Mehrheit finden müssen, wenn er zur Verhandlung gekommen wäre, das heißt, wenn die Regierungsparteien — Christlichsoziale, „Deutsche“ und Polen — nicht die Verhandlung dieser Anträge verzettelt und vereitelt hätten, indem sie die Tagesordnung des Parlaments mit lauter sogenannten „Staatsnotwendigkeiten“ vollpropften.

Leider ist im neuen Parlament von den deutschfreihheitlichen Abgeordneten keine bessere Haltung zu erwarten. Können Abgeordnete, die als Kandidaten offen nach einem Kompromiß mit den Klerikalen „mit Rückstellung alles Trennenden“, das heißt alles Freien, gestrebt haben, jemals energische Bekämpfer des Klerikalismus sein? Die Sozialdemokraten sind sich darüber vollkommen klar, daß der Kampf

für die Freiheit der Schule und die Unabhängigkeit der Lehrer

im neuen Hause noch mehr als im alten **den Sozialdemokraten zufallen** wird und sie sind auch entschlossen, ihn mit der größten Energie zu führen.

Die Sozialdemokraten wenden nicht allein alle Mittel auf, um aus der Volksschule den klerikalen Einfluß hinauszudrängen, sie kämpfen auch mit aller Kraft

gegen die Klerikalisierung der Lehrerbildung.

Sie fordern, daß der Staat für die Ausbildung einer genügenden Zahl der Lehrer Sorge und nicht die Bildung eines großen Teiles der öffentlichen Lehrer und Lehrerinnen elenden klerikalen Winkelanstalten überlasse. Aber auch die staatliche Lehrerbildung erheischt eine gründliche Reform: Die Sozialdemokraten treten dafür ein, daß zur Grundlage der Lehrerbildung die Mittelschule genommen werde, an die sich dann das pädagogische Seminar an der Hochschule anschließt. Die Ausbildung der Arbeiterjugend erfordert einen hochgebildeten Lehrerstand.

Eine wesentliche Vorbedingung für gute, erspriessliche Erfolge ist

die Unabhängigkeit und rechtliche Sicherheit des Lehrers,

aus der allein heraus sich feste und freie Charaktere entwickeln können, wie sie die Erzieher eines freien und selbstbewußten Volkes sein müssen. Die Sozialdemokraten betrachten es als eine wesentliche Aufgabe des Staates, daß er diese Rechtssicherheit und Unabhängigkeit der Lehrer schaffe, und sie werden deshalb im Parlament allen ihren Einfluß aufbieten, damit reichsgesetzlich die **öffentliche Qualifikation mit dem Einspruchsrecht** bei Qualifikationskommissionen, die aus Lehrern zu bestehen haben und mindestens zur Hälfte in den Lehrerkonferenzen gewählt werden müssen, eingeführt werde;

daß reichsgesetzlich für die Lehrerschaft das **Zeitavancement** festgelegt und von jedem „freien Ermessen“ und jeder Willkür der Behörden freigehalten;

daß ferner die **Lehrerbildungsanstalten mit den Mittelschulen gleichgestellt** werden;

daß vom Reichsrat ein **modernes Disziplinargesetz** für die Lehrer geschaffen und dem beschuldigten Lehrer die volle Verteidigungsmöglichkeit gewährleistet werde;

daß schließlich endlich auch den Lehrern die 35jährige Dienstzeit gewährt werde.

Es wurde der Lehrerschaft zum Unglück, daß auf diesem Gebiet der Staat das Gesetzgebungsrecht allzuviel den reaktionären Landtagen überließ. Die Sozialdemokraten halten es für einen wesentlichen Teil einer fortschrittlichen Schulpolitik, daß der Staat dieses sein Gesetzgebungsrecht selber ausübe und diese Rechtsverhältnisse der Lehrer in allen allgemeinen und wesentlichen Dingen durch Reichsgesetze selber ordne.

Eine der wichtigsten Schulangelegenheiten, die im neuen Abgeordnetenhaus zur Entscheidung kommen muß, wird

die Gehaltsfrage der Lehrer sein.

Die Sozialdemokraten werden im neuen Hause den Antrag Dr. Adlers erneuern, der im Sinne der Beschlüsse des Deutsch-österreichischen Lehrerbundes die Aenderung des **§ 55 des Reichsvolkschulgesetzes** bezweckt, daß die Lehrpersonen in ihren Bezügen mit den Bezügen der unteren vier Rangklassen der Staatsbeamten gleichgestellt werden. Damit diese Aenderung nicht bloß eine theoretische bleibe, werden sie bei der Beratung der neuen Finanzreform den Antrag stellen, daß die staatlichen Mehrzuwendungen an die Länder, die etwa dreißig Millionen Kronen ausmachen werden, **den Ländern nur unter der Bedingung gegeben werden**, daß sie für die Erhöhung der Lehrergehälter verwendet werden. Nur in einer solchen Klausel sehen wir Sozialdemokraten die Gewähr, daß die Lehrer von den Landtagen das Geld auch tatsächlich bekommen, das die Finanzreform für sie bestimmt.

Der Resolutionsantrag Pachser,

der zwanzig Millionen anspricht, um für die definitiven Lehrer und Lehrerinnen, soferne sie mehr als zehn Dienstjahre haben, zwei bis drei Quinquennalzulagen von 200 Kr. zu erwirken, ist unzweckmäßig. Er schließt **ein Drittel aller Lehrer und Lehrerinnen von seiner Fürsorge aus**, und zwar gerade die Ärmsten und am elendesten entlohten, die der Hilfe ebenso dringend bedürfen. Er wird nur annehmbar sein, wenn er dahin modifiziert wird, daß auch die jüngeren Lehrkräfte in die Gehaltsregulierung einbezogen werden. Hat aber dieser Antrag überhaupt Aussicht, zur Abstimmung zu kommen? Nach der parlamentarischen Geschäftsbehandlung ist dafür wenig Aussicht. Damit dieser Antrag beschlossen würde, müßte er nicht nur im Hause zur ersten Lesung gestellt werden, es müßte ihn dann der Finanzausschuß beraten und beschließen, dann müßte der Antrag zur zweiten Lesung auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt werden, im Plenum des Abgeordnetenhauses auch tatsächlich zur Verhandlung kommen und von der Majorität des Hauses angenommen werden. Und was wäre für die Lehrer dann erreicht, wenn das alles glücklich gelungen wäre?

Gar nichts!

Sie stünden soweit, wie heute; denn der Antrag ist kein Gesetz, sondern nur eine Resolution, in der sich das Abgeordnetenhaus selber auffordert, im Finanzplan etwas zu machen. Populär ausgedrückt, sagt der Antrag nichts anderes als:

Das hohe Abgeordnetenhaus wolle beschließen, das hohe Abgeordnetenhaus aufzufordern, das hohe Abgeordnetenhaus möge in den Finanzplan zwanzig Millionen für Lehrergehaltserhöhungen einsetzen.

Wozu soll sich das Abgeordnetenhaus dazu auffordern, was es selber tun soll? Bei der Finanzreform braucht nur im Finanzausschuß ein Gesetzesartikel beantragt werden, der das ausspricht und die Sache ist erledigt — ohne die langwierige und gefahrenvolle Verhandlung eines solchen selbständigen Antrages. Die Finanzreform würde längst erledigt und Gesetz sein, bis bei der komplizierten Geschäftsbehandlung unseres Parlaments der Resolutionsantrag Pachser in den vorgeschriebenen zwei Lesungen im Hause verhandelt wäre, der das Abgeordnetenhaus auffordert — bei der Finanzreform für die Lehrer etwas zu tun. Wenn aber die Lehrergehaltsfrage

nicht bei der Finanzreform

gelöst wird, dann erhalten die Lehrer **überhaupt nichts**, weil die Regierung jede spätere Gesetzesvorlage im Herrenhaus „wegen Mangels an Mitteln“ ablehnen ließe, selbst wenn das Abgeordnetenhaus für die Lehrer eine solche beschlösse.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten können daher nicht auf eine Erledigung des Antrages Pacher warten, sondern werden sofort

bei der Beratung der Finanzreform

zum Ueberweisungsgezet an die Länder den **Zusatzantrag** stellen, daß die Mehrzuwendungen an die Länder, die nach der Bilinskischen Vorlage zwanzig Millionen Kronen betragen hätten und nach den Ankündigungen des Finanzministers Dr. Meyer nun auf dreißig Millionen erhöht werden dürften, **für die Erhöhung der Lehrerbezüge verwendet werden müssen**. Die Länder können sich mit jenen Zuweisungen begnügen, die sie bereits erhalten. Das Mehr aus der Finanzreform verlangen sie ja immer „nur für die Schule“, also soll diese es auch bekommen. Indem so die Lehrergehaltsfrage mit der Finanzreform verbunden und mit dieser erledigt werden wird, ist auch die sichere und rasche Erledigung verbürgt, weil bei sogenannten „Staatsnotwendigkeiten“, wie es die Steuergesetze sind, bekanntermaßen Regierung und Regierungsparteien **immer den größten Eifer** entwickeln und auf rasche Erledigung dringen, während Volksnotwendigkeiten gewöhnlich nicht oder nur zuletzt zur Erledigung kommen. Wenn bei der Finanzreform die bürgerlichen Parteien durch die Anträge der Sozialdemokraten in der Lehrergehaltsfrage vor die Entscheidung gestellt werden, dann wird es allen denen, die sich sonst gerne Lehrerfreunde nennen, **unmöglich gemacht werden**, gegen die Lehrer zu stimmen, und es ist die günstigste politische Situation geschaffen, die Forderungen der Lehrer auch durchzusetzen. Die Regierungsparteien, die Hunderte von Millionen für Kriegsschiffe und Heeresausrüstungen bewilligt haben, werden die Lehrer dann nicht mit der aufreizenden Ausrede, daß sie „für die Lehrer kein Geld hätten“, abweisen und mit bloßen Resolutionsanträgen abspeisen können.

In diesem Sinne werden die Sozialdemokraten nach wie vor auf dem Gebiet der Schulpolitik wirken und den Lehrern wie der Schule auch im künftigen Parlament die besten Anwälte sein.

Aber auch die

allgemeinen Konsumenteninteressen

der Lehrer werden am besten durch die Sozialdemokraten gewahrt werden, weil diese allein einen **entschiedenen Kampf** gegen **die indirekten Steuern** führen, weil diese allein gegen die **agrarische Wucherpolitik** und die hohen **Eisen- und Industriezölle**, mit Energie in die Schranken treten.

Männer der Schule! Wenn die Entwicklung der Volksbildung am Herzen liegt, wer mit Ingrim und Sorge verfolgt, wie der Klerikalismus die Volksschule würgt, wer sieht, wie er die Mittel- und Hochschulen ergreift und dieses unglückliche Land zum Gespött Europas macht, der erkennt, daß nur ein zielbewußter **energischer Kampf** uns Rettung bringt, ein Kampf, wie ihn die **Sozialdemokratie** führt. Es mag ja von manchem Lehrer schmerzlich empfunden werden, daß heute allein die sozialdemokratische Partei mit Ernst und Ueberzeugung, mit Konsequenz und Energie **für die Freiheit der Schule, die Unabhängigkeit der Lehrer und Hebung der sozialen Stellung des Lehrerstandes** kämpft, während die verschiedenen bürgerlichen Parteien aus opportunistischen Gründen, aus Rücksichten für das sogenannte Deutschum des Römllings Geßmann längst aufgehört haben, die Schule ernstlich zu schützen und damit auch die große Arbeiterklasse kampffähiger zu machen. So schmerzlich diese Erkenntnis für die bisher deutschnational gesinnten Lehrerschaft auch sein mag, sie muß aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen ziehen und mit ihren Stimmen die Macht konsequenter, unbeugsamer Schulkämpfer stärken, die Macht der Sozialdemokratia.

Wer nicht will, daß die österreichische Schule noch tiefer ins Elend sinkt, wer einen wirtschaftlich freien, politisch und wissenschaftlich unabhängigen Lehrerstand will, der wahret nicht nur mit Worten, sondern durch die mutige **Tat**, durch die Kraft seines Stimmzettels die Interessen der Schule und ihrer Lehrer, der

wählt sozialdemokratisch!